

Anfrage

der Abgeordneten Kainz, Lausch
und weiterer Abgeordneten
an die Bundesministerin für Justiz
betreffend **Pflegenotstand führt zu "schweren Menschenrechtsverletzungen"**

Am 4. Mai 2022 wurde auf www.meinbezirk.at folgendes berichtet:

„Pflegenotstand führt zu "schweren Menschenrechtsverletzungen"“

2021 sind bei der Volksanwaltschaft deutlich mehr Beschwerden eingegangen – 23.600 Menschen wandten sich im vergangenen Jahr an sie. Massive Kritik übt die Volksanwaltschaft im aktuellen Jahresbericht an der prekären Personalsituation in der Pflege.

ÖSTERREICH. Die Volksanwälte Walter Rosenkranz, Werner Amon und Bernhard Achitz präsentierten mit dem Jahresbericht heute, Mittwoch die wichtigsten Prüfergebnisse des Jahres 2021. In knapp der Hälfte der Fälle leitete die Volksanwaltschaft ein Prüfverfahren ein, fast 17.000 Beschwerden betrafen die Verwaltung. Die meisten Beschwerden gingen inhaltlich um den Bereich "Soziales und Gesundheit" (31,5 Prozent), unter den auch die Covid-19-Maßnahmen fielen. 22,3 Prozent der Fälle betrafen die "Innere Sicherheit", das umfasst etwa das Fremden- und Asylrecht oder die Polizei. 14 Prozent der Beschwerden betrafen die Justiz, die insbesondere den Straf- und Maßnahmenvollzug betreffen. Der Zustand in einigen Justizanstalten und hier vor allem die bauliche Substanz sei scharf zu kritisieren, so Volksanwalt Werner Amon. Aber auch im Maßnahmenvollzug gebe es keine wesentlichen Verbesserungen. Sehr viele Beschwerden gebe es auch im Zusammenhang mit FinanzOnline und der Finanzhotline, berichtet Volksanwalt Werner Amon. Insbesondere ältere Menschen würde sich sehr schwer tun hier alles online oder telefonisch abzuwickeln. Die Volksanwaltschaft empfiehlt, auch die Möglichkeit der persönlichen Vorsprachen zu geben.

Fälle von Menschenrechtsverletzungen bei zwei Drittel der Kontrollen

Kontrolliert wurden von der Volksanwaltschaft etwa Justizanstalten, Polizeiinspektionen, Anhaltezentren, Einsätze der Polizei bei Demonstrationen, Pflegeheime, Psychatrien, Kinder und Jugendheime und ähnliches, so Volksanwalt Walter Rosenkranz und mögliche Menschenrechtsverletzungen geprüft. Insgesamt 570 Kontrollen habe es insgesamt gegeben. 541 Kontrollen fanden in Einrichtungen statt, in denen Menschen angehalten werden. 29-mal wurden Polizeieinsätze begleitet. Um einen möglichst unverfälschten Eindruck zu erhalten, erfolgten die Kontrollen in der Regel. In 63 Prozent der präventiven Kontrollen sahen sich die Kommissionen veranlasst, die menschenrechtliche Situation zu beanstanden.

Mangelndes Pflegepersonal massives Problem

Besonders problematisch sei die Personalsituation in geprüften Einrichtungen aufgefallen, "das ist es völlig egal, ob wir von Pflegeheimen, Wohngemeinschaften

für Jugendliche oder von Behinderteneinrichtungen sprechen". Das Personal sei oft am absoluten Limit. Durch die Pandemie komme zu personellen Ausfällen, das verbliebene Personal müsse häufig Überstunden leisten, so Volksanwalt Bernhard Achitz. Auch die Volksanwaltschaft stellte fest, dass die Pflege "vor einem Kollaps". "Überall herrscht Personalmangel, und der führt zu schweren Menschenrechtsverletzungen," betonte Achitz. Das Problem sei nicht neu, "die Volksanwaltschaft weist seit Jahren darauf hin, aber Corona hat es weiter verschärft," so Achitz. Durch mangelnde Pflege, Ruhigstellung durch Medikamente, Einschränkungen der persönlichen Freiheit, usw. komme es Menschenrechtsverletzungen. "Wir können keine politischen Maßnahmen erkennen, die diesen Pflegenotstand in irgend einer Form entgegen wirken", kritisierte Achitz weiter. So viele Menschen wie nie zuvor haben sich 2021 in Gesundheitsangelegenheiten bei der Volksanwaltschaft beschwert. Die häufigsten Themen waren hier COVID-19 Schutzmaßnahmen, Impfangebote und das Pandemiemanagement.

Präventiver Schutz der Menschenrechte

Die Volksanwaltschaft hat den verfassungsgesetzlichen Auftrag, die Einhaltung von Menschenrechten zu schützen und zu fördern. Dazu gehört die Kontrolle von öffentlichen und privaten Einrichtungen, in denen Menschen in ihrer Freiheit beschränkt sind. Dazu zählen Justizanstalten, Polizeianhaltezentren, Alten- und Pflegeheime, psychiatrische Abteilungen und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe. Darüber hinaus kontrolliert die Volksanwaltschaft Einrichtungen für Menschen mit Behinderung und überprüft die Ausübung unmittelbarer Befehls- und Zwangsgewalt durch die Exekutive, etwa bei Demonstrationen, Großveranstaltungen, Versammlungen oder Abschiebungen.“¹

In diesem Zusammenhang richten die unterfertigten Abgeordneten an die Bundesministerin für Justiz folgende

Anfrage

1. Wie beurteilen Sie und die zuständigen Beamten die Tatsache, dass im Jahr 2021 mehr Beschwerden als in den Vorjahren in Bezug auf Menschenrechtsverletzungen bei der Volksanwaltschaft eingegangen sind und davon alleine 14 Prozent der Beschwerden, den Bereich Justiz, insbesondere im Bereich Straf- und Maßnahmenvollzug, betroffen haben?
2. Wurden Sie als Bundesministerin für Justiz im Jahr 2021 direkt wegen Menschenrechtsverletzungen im Bereich „Straf- und Maßnahmenvollzug“ kontaktiert?
 - a.) Falls ja, bitte um Auflistung aller konkreten Fälle sowie wer jeweils mit Ihnen in Kontakt getreten ist?

¹ https://www.meinbezirk.at/c-politik/pflegenotstand-fuehrt-zu-schweren-menschenrechtsverletzungen_a5321152#?cleverPushBounceUrl=https%3A%2F%2Fwww.meinbezirk.at%2F&cleverPushNotificationId=92necij9JQM8i5Pm5

- b.) Falls ja, was haben Sie oder die zuständige Sektion/Gruppe/Abteilung im jeweiligen Fall konkret unternommen, um die Menschenrechtsverletzungen zu beenden sowie um eine Verbesserung für die Zukunft zu erwirken.
3. Welche Konsequenz droht dem Personal derzeit, wenn diese im Rahmen des Bereiches „Straf- und Maßnahmenvollzug“ Menschenrechte verletzen?
- a.) Wie viele Personen wurden im Jahr 2021 wegen Menschenrechtsverletzungen im Bereich „Straf- und Maßnahmenvollzug“ gekündigt?
- b.) Wie viele Personen wurden im Jahr 2021 wegen Menschenrechtsverletzungen im Bereich des „Straf- und Maßnahmenvollzuges“ verurteilt?
- c.) Wie viele Personen wurden im Jahr 2022 bis zum Zeitpunkt der Beantwortung dieser Anfrage wegen Menschenrechtsverletzungen im Bereich des „Straf- und Maßnahmenvollzuges“ gekündigt?
- d.) Wie viele Personen wurden im Jahr 2022 bis zum Zeitpunkt der Beantwortung dieser Anfrage wegen Menschenrechtsverletzungen im Bereich des „Straf- und Maßnahmenvollzuges“ verurteilt?
4. Wurden Nachforschungen in Bezug auf die vorangegangenen Gründe, wie etwa Arbeitsüberlastung oder psychische Gründe, bei den wegen Menschenrechtsverletzung verurteilten Personen durchgeführt?
- a.) Falls ja, was waren jeweils die vorangegangenen Gründe?
- b.) Wie viele Menschenrechtsverletzungen hätten im Jahr 2021 verhindert werden können, wenn es keine Arbeitsüberlastung gegeben hätte?
- c.) Wie viele Menschenrechtsverletzungen hätten im Jahr 2022 bis zum Zeitpunkt der Beantwortung dieser Anfrage verhindert werden können, wenn es keine Arbeitsüberlastung gegeben hätte?
5. Wie oft finden derzeit Kontrollen in Bezug auf die Einhaltung von menschenwürdigen Bedingungen in Einrichtungen im Bereich des „Straf- und Maßnahmenvollzuges“ statt?
- a.) Planen Sie hier die Empfehlung an die Länder auszusprechen, künftig verstärkt Überraschungskontrollen in Bezug auf die Einhaltung der Menschenrechte durchzuführen?
- b.) Falls Sie hier keine Empfehlung aussprechen, wie rechtfertigen Sie dies in Anbetracht der Lage?
- c.) Falls Sie bereits eine Empfehlung ausgesprochen haben, wann und an wen wurde diese jeweils gerichtet und was war der genaue Inhalt?
6. Welche Maßnahmen haben Sie im Jahr 2021 gesetzt, um Menschenrechtsverletzungen im Bereich des „Straf- und Maßnahmenvollzuges“ zu beenden? (Bitte um konkrete Auflistung aller Maßnahmen)
7. Welche Maßnahmen haben Sie im Jahr 2022 bis zum Zeitpunkt der Beantwortung dieser Anfrage gesetzt, um Menschenrechtsverletzungen im Bereich des „Straf- und Maßnahmenvollzuges“ zu beenden? (Bitte um konkrete Auflistung aller Maßnahmen)
8. Welche Maßnahmen planen Sie, um künftig Menschenrechtsverletzungen im Bereich des „Straf- und Maßnahmenvollzuges“ zu verhindern? (Bitte um konkrete Auflistung aller Maßnahmen sowie auch um Angabe eines Zeitplanes für die Umsetzung)

Wolfgang *Wolfgang* *Josef* *Josef* *Josef* *Josef*

MTH

www.parlament.gv.at

19/5

